

Protokoll Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen

Am 03.12.2021, 14:00 bis 16:00

Ort: Videokonferenz

Teilnehmende:

- | | |
|---------------------------------|---|
| 1. Bendzuck, Gerlinde | Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen |
| 2. Böttcher, Bianca | Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales – Abteilung Arbeit |
| 3. Boettcher, Johanna | Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales – Abteilung Integration |
| 4. Braunert-Rümenapf, Christine | Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen |
| 5. Catholy, Linda | Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales – Abteilung Soziales |
| 6. Doktor Rehse, Catharina | SenIAS – Abteilung Soziales |
| 7. Doktor Striek, Judith | Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR) |
| 8. Doktor Würtz, Julia | Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales – Abteilung Soziales |
| 9. Gärtner, Jochen | Sozialverband Deutschland |
| 10. Gembus, Martina | Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales – Abteilung Integration |
| 11. Holl, Katharina | Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen |
| 12. Kaup, Daniela | Beauftragte für Menschen mit Behinderungen (Lichtenberg) |
| 13. Kunze, Alexandra | Gebärdensprachdolmetscherin |
| 14. Kurbjeweit, Frieder | Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR) |
| 15. Meixner, Daniel | Gebärdensprachdolmetscher |
| 16. Oelhaf, Anna | Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales – Abteilung Integration |
| 17. Schenck, Stefan | Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen |
| 18. Schwarz, Volkhard | Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales – Abteilung Soziales |
| 19. Stenger, Birgit | Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen |
| 20. Zander, Thomas | Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen |

TOP 1: Begrüßung:

- Begrüßung durch Frau Doktor Rehse
- Die Tagesordnung wird, aufgrund technischer Probleme von Frau Doktor Würtz, dahingehend geändert, dass die Vorstellung des

Landesgleichberechtigungsgesetzes (LGBG) vor den TOP „Aktuelles“ gezogen wird

TOP 2: Protokollkontrolle

- Das Protokoll vom 10.09.21 wird ohne Änderungsvorschläge bestätigt

TOP 3: Vorstellung des Landesgleichberechtigungsgesetzes (LGBG):

- Herr Schwarz stellt das neue Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG) kurz vor, welches im Oktober 2021 in Kraft trat
- Die Präsentation befindet sich im Anhang

Anmerkungen:

- Herr Gärtner fragt, welche Zeitschiene für die nächsten Schritte gesetzt wurden. Herr Schwarz antwortet daraufhin, dass dies von den finanziellen Mitteln und Personal abhängig sei, man habe aber bereits mit der Vorbereitung wichtiger Umsetzungsschritte begonnen
- Frau Kaup spricht die Schulungen an, die im Zuge der Umsetzung des Landesgleichberechtigungsgesetzes (LGBG) für Mitarbeitende durchgeführt werden müssen. Sie versuche schon lange eine Schulung an der Verwaltungsakademie (VAK) zu belegen, diese Kurse kommen aber nicht zustande. Sie bittet daher, dass die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS) die Verwaltungsakademie (VAK) auf die Wichtigkeit dieser Schulungen aufmerksam macht. Herr Schwarz berichtet daraufhin davon, dass er und Frau Doktor Würtz eine Weiterbildung bei der Verwaltungsakademie (VAK) zum Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG) angemeldet haben, diese soll Ende März stattfinden, allerdings nur, bei ausreichend Anmeldungen. Aus seiner Erfahrung bestehe oft nicht die Nachfrage an derartigen Kursen. Eine Lösung hierfür könne sein, dass die Arbeitgeber mehr Druck auf die Dringlichkeit der Kenntnis des Landesgleichberechtigungsgesetzes (LGBG) auf die Mitarbeitenden ausüben, meint Frau Kaup. Außerdem sollten die Kurse auch bei geringer Nachfrage stattfinden. Frau Braunert-Rümenapf merkt noch an, dass die Nachfrage der Kurse auch an der Marketingstrategie liegen könne, sie schlägt vor ressortübergreifend eine Lösung zu finden.
- Frau Holl wünscht sich noch nähere Ausführungen zu dem Bericht über die Bestandsbauten bis 2024. Herr Schwarz antwortet, dass zuerst ein Bericht erstellt wird, auf Basis dessen danach das Ergreifen von Maßnahmen stattfindet. Dies sei beim Bund genauso geregelt. Es sei auch ein Fortschritt, da erstmals auch die Bestandsbauten, neben den Neubauten in den Umbau zur Barrierefreiheit einbezogen werden. Der Bericht ist der erste Schritt, weitere müssen folgen. Herr Schenck möchte außerdem, dass auch im Rahmen der Umbaumaßnahmen mehr Partizipation stattfindet, Menschen mit Behinderungen sollten vermehrt als Expert:innen einbezogen werden. Bei der Berichterstellung solle beispielsweise der Landesbeirat für Menschen mit

Behinderungen einbezogen werden. Herr Schwarz greift dies auf und bittet um Vorschläge, wie genau das Einbeziehen konkret in der Umsetzung aussehen könne. Die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) habe, laut Frau Braunert-Rümenapf, bereits ein solches System ausgearbeitet, man könne sich daran orientieren.

- Frau Braunert-Rümenapf möchte außerdem noch vertiefend auf den Punkt der Beteiligung von Menschen mit Behinderungen eingehen. Es sei hier wichtig, dass diese qualitativ hochwertig aussehe. Sie habe das Gefühl, dass aktuell die Beteiligung oft auf der Strecke bleibe und Prozesse meist schon zu weit fortgeschritten sind, wenn sie zur Beteiligung vorgelegt werden. Herr Schwarz kann dies grundsätzlich nachvollziehen und verweist entsprechend dazu auf die Veranstaltung des Deutschen Instituts für Menschenrechte zum Thema Partizipation von Menschen mit Behinderungen am 09.12.21.
- Herr Kubjeweit macht auf die Erstellung zweier FAQs zum Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG) aufmerksam, eines für die Zivilgesellschaft, eines für die Verwaltungen, die das Deutsche Institut für Menschenrechte und die für Soziales zuständige Senatsverwaltung erstellen möchte, und ruft dazu auf, aufkommende Fragen an Frau Hübner zu mailen.

TOP 4: Aktuelles

- I. Arbeitgebermodell und Partizipation, nachgereichtes Thema von Frau Braunert-Rümenapf und Frau Stenger
 - Frau Stenger kritisiert die ungenügende Partizipation beim Rundschreiben zum Arbeitgebermodell. Die Erstellung von Rundschreiben liefere seit 2020 so, dass die Senatsverwaltung einen Entwurf erstellt, diesen dann intern diskutiert und erst dann zur offenen Diskussion vorstellt. Hier fehlt Frau Stenger eine frühzeitige Einbeziehung. Bei der Umsetzung des Arbeitgebermodells durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) wurde der Landesbeirat beispielsweise nicht genügend einbezogen, weshalb nun Probleme in der Praxis entstehen würden. Es muss ihrer Meinung nach mehr auf die Expertise der Menschen mit Behinderungen gehört werden.
 - Frau Doktor Würtz stimmt zu, dass Partizipation ein wichtiges Thema sei, allerdings solle speziell das Arbeitgebermodell im Berliner Teilhabebeirat besprochen werden, da dort die Spezialisten der Eingliederungshilfe vertreten sind. Es sei schwierig in der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen darüber zu sprechen, wenn jetzt die Personen der Verwaltung, die diesen Beteiligungsprozess ausgestalten, nicht anwesend sind
 - Frau Holl unterstreicht nochmal, dass nach ihrer Wahrnehmung das Zusammenspiel von Leistungsträgern, -berechtigten und Leistungserbringern nicht funktioniere.
 - Frau Braunert-Rümenapf stimmt dem zu, die Menschen mit Behinderungen werden zu oft vor vollendete Tatsachen gestellt. Ihrer Meinung nach sollte zuerst das Expertenwissen abgefragt werden und um dieses herum sollten

dann die rechtlichen Regelungen gegossen werden. Es müsse mehr Arbeitsgruppen geben, in denen inhaltlich das Wissen erfragt werden solle.

- Herr Schenk spricht außerdem die im Koalitionsvertrag festgehaltene Strategiekonferenz der Inklusion und Eingliederungshilfe an. Auch hier solle von Anfang an Partizipation mitgedacht werden.
- Frau Holl spricht unter Aktuelles noch das Thema Elternassistenz an, welches zwar als Leistung im Rundschreiben Soziales Nummer 12/2020 ergänzt wurde, jedoch gibt es Regelungslücken, die Unterarbeitsgruppe (UAG) solle sich darum kümmern, bittet sie Frau Braunert-Rümenapf.

I. Sitzungsgelder

- Frau Doktor Würtz verkündet, dass es ein Sitzungsgeld geben wird, da die Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen nun ein gesetzlich festgelegtes Gremium im Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG) ist
- Dieses richtet sich an Interessensvertreter und Leistungserbringer (also diejenigen, die nicht beim Land angestellt sind)
- Es gibt 20€ pro Sitzung, jeder Einladung wird ein Formular hinzugefügt, welches auszufüllen ist, auch für diese Sitzung kann rückwirkend das Geld eingefordert werden
- Das erste Formular wird der Einladung zur nächsten Sitzung hinzugefügt

II. Geschäftsordnung

- Da die Geschäftsordnung an die Legislaturperiode gebunden ist und diese nun endet, muss eine neue gegeben werden, näheres folgt später beim Punkt „Soziales“

III. Fachtagung politische Partizipation

- Frau Doktor Striek von der Monitoring-Stelle des Deutschen Institut für Menschenrechte berichtet: Diese Woche ging ein Bericht über die politische Partizipation in Berlin für Menschen mit Behinderungen vom Deutschen Institut für Menschenrechte online, dazu findet am 09.12.21 eine Abschlussveranstaltung statt, dort werden die Ergebnisse aus dem Bericht und Handlungsempfehlungen vorgestellt, es wird außerdem eine Podiumsdiskussion geben

TOP 5: Integration

- Frau Boettcher berichtet von Entscheidungen der Berliner Härtefallkommission bei Geflüchteten mit Behinderungen
- Neben humanitären Kriterien spielen hier Kriterien für eine „erfolgreiche Integration“ wie Deutschkenntnisse oder Integration auf den Arbeitsmarkt eine Rolle. Hier sind geflüchtete Menschen mit Behinderungen jedoch oft im Nachteil, da es keine passenden Deutschkurse, beziehungsweise unterstützenden Strukturen für sie gibt
- Auf diese Problematik ist aber nun im Berliner Koalitionsvertrag eingegangen worden: Auf Seite 73 steht, dass bei Entscheidungen über das Vorliegen

eines Härtefalls der gesundheitliche Aspekt, der die Integration auf dem Arbeitsmarkt oder den Erwerb der Sprache erschweren können, berücksichtigt werden.

TOP 6: Arbeit

- Keine Themenanmeldung, aber ein kleiner Hinweis auf die Inklusionsberatung bei der Handwerkskammer Berlin, gefördert durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS). Demnächst wird der erste offizielle Podcast „ausbildung4u“ erscheinen, der Trailer kann schon angehört werden unter:
- <https://podcast-eins.de/podcast-shows/podcast-auftragsproduktion/ausbildung-4-u-handwerkskammer-berlin>
- Hier werden Informationen rund um das Thema Ausbildung und Tipps mit Beispielen aus der Praxis gegeben. Zukünftig werden regelmäßig neue Podcast-Folgen mit interessanten Gästen erscheinen.

TOP 7: Soziales

I. neue Geschäftsordnung:

- Die neue Geschäftsordnung muss auch im Hinblick auf das Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG) überarbeitet werden: beispielsweise muss nun zwei Mal im Jahr die Hausleitung beteiligt werden, Sitzungsgelder werden eingeführt, und so weiter
- Es wird eine kleine Vorarbeitsgruppe gegründet, die bis zum nächsten Termin einen Entwurf erstellt
- Im Zuge dessen soll auch eine Mustergeschäftsordnung erstellt werden, an der sich alle anderen Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen orientieren können
- Zu der Vorbereitungsgruppe gehören unter anderem: Frau Braunert-Rümenapf, Frau Doktor Striek, Herr Schenck, Frau Bendzuck und Frau Doktor Würtz
- Der erarbeitete Vorentwurf wird an die Mitglieder der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen versendet und anschließend in der nächsten Sitzung im großen Kreis diskutiert.
- Es müssen auch die Mitglieder der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen neu bestimmt/benannt werden, es wird eine Abfrage dahingehend folgen

II. Übersetzung Berliner Maßnahmenplan/Landesgleichberechtigungsgesetz in leichte Sprache

- Die Übersetzungen sind soweit fertig, es fehlt noch das Layout. Die Übersetzungen sollen dann auf der Website der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales zur Verfügung gestellt werden

III. Aktuelle Maßnahmen

- Herr Schwarz berichtet, es gibt nun eine App für den Sonderfahrdienst BerlMobil
- Außerdem ist geplant, dass es einen EU-weiten Schwerbehindertenausweis geben soll, Herr Schwarz fragt nach Anmerkungen und Wünschen dahingehend und wünscht sich Feedback (beispielsweise über Frau Braunert-Rümenapf) damit er dies in die Bund-Länder-Runden mitnehmen kann
- Herr Zander merkt dazu an, dass ein Verfahren für den Schwerbehindertenausweis unbürokratischer ablaufen solle, damit die Erstellung schneller gehen könne
- Frau Bendzuck erfragt den Sachstand zu den Inklusionstaxen, wie viele Fahrzeuge gibt es jetzt, wie geht es nach Ablauf der Förderrichtlinie weiter? Wie gut funktioniert BerlMobil?
- Herr Schwarz antwortet BerlMobil ist gut angelaufen, die meisten Berichte sind positiv, das Unternehmen macht einen engagierten Eindruck
- Hierzu wird des Weiteren auf die Antwort zur schriftlichen Anfrage „Ergebnis und Konklusion des Förderprogramms Inklusionstaxi Berlin“ (Abgeordnetenhaus-Drs. 19/10411) verwiesen, die den Sachstand Dezember 2021 wiedergibt
- Frau Bendzuck fragt nach: Laut Online-Zugangsgesetz sollen bis Ende 2022 erste Sozialdienstleistungen digital abgewickelt werden, die Barrierefreiheit sei da aber noch nicht ausreichend berücksichtigt, wie geht es dahingehend weiter? (Frau Doktor Rehse antwortet: Im Land Berlin gibt es das Projekt Sozialhilfeportal, darüber können Anträge digital eingereicht werden, dieses soll Anfang 2022 an den Start gehen, es wird weiter an der Digitalisierung im Land Berlin gearbeitet

TOP 8: Verschiedenes

- Termine für die nächsten Sitzungen:
04.03.2022
03.06.2022
02.09.2022
02.12.2022 jeweils von 13:30 bis 15:30 Uhr.

Protokollantin: Linda Catholy